

blick nach rechts

Z 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 06 20. März 1996

➔ **Freiheit im internationalen Datenverbund** Seite 2

Für Rechtsextremisten aller Schattierungen bietet das Internet ungehinderte Verbreitungsmöglichkeiten.

➔ **„Lernort Dachau“** Seite 4

Der bayerische Landtagsabgeordnete Klaus Hahnzog skizziert den 15 Jahre währenden Kampf für eine internationale Jugendbegegnungsstätte.

➔ **„Europa vorn“ in der Bredouille** Seite 5

Die neurechte Postille nimmt es nicht so genau mit den Urheberrechten und steckt jetzt in der Klemme.

➔ **„Katholische“ Pfad- finder auf Abwegen** Seite 6

Eine fundamentalistische Jugendsekte weist recht unchristliche Gepflogenheiten auf.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Freiheit im internationalen Datenverbund

Das weltumspannende Datennetz Internet (ca. sechs Millionen vernetzte Computer und 40 Millionen User) wird zunehmend von Rechtsextremisten zur Verbreitung antisemitischer, rassistischer und volksverhetzender Texte übelster Art mißbraucht.

Der österreichische Rechtsextremist Walter Ochsenberger brachte es jüngst in seiner verschwörungstheoretischen Zeitschrift „Top Secret“ auf den Punkt: „Meinungsfreiheit kommt per Internet“. Ähnlich begeistert sind die Aktivisten des bundesdeutschen Verbundes „Thule“, eines Zusammenschlusses von rund einem Dutzend neonazistisch orientierter Mailboxen: „Im Grunde ist das Internet das demokratische Medium schlechthin.“ Der niedersächsische Nazi-Esoteriker Oliver Bode, einst Aktivist des „Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers (KAH), lobt „Gebrauch und Anwendung“ beim Internet „zu jeder Tages- und Nachtzeit“.

Führende braune Propagandisten im Internet sind u.a.: die US-amerikanische Organisation „Stormfront“ (Motto: „Weltweiter Weißer Stolz“) des Neonazis Don Black, einst führender Kapuzenmann der „Knights of the KuKluxKlan“ (KKKK); „National Alliance“ (Führer: William Pierce); „Resistance Records“ (Betreiber: George Burdi); „The Aryan Crusader's Library“ (Betreiber: Austin Reuben Logsdon); der Deutsch-Kanadier Ernst Zündel („Voice of Freedom“), Papst der weltweit agierenden Bewegung der Holocaust-Leugner sowie das amerikanische „Institute for Historical Review“ (IHR), ein „Sammelbecken für Holocaust-Leugner, Neonazis, Deutschlandfanatiker, rechtsgerichtete Extremisten, Antisemiten, Rassisten und Verschwörungstheoretiker“ (Deborah E. Lipstadt). Stolz wurde dem ewiggestrigen Freundeskreis vom IHR-Computerexperten Greg Raven mitgeteilt, daß man durch Nutzung dieser neuen Technologien („Greg Raven's Homepage“) entsprechende Verfügungen von Ländern gegen volksverhetzende Schriften problemlos umgehen könne: „New technologies enable IHR to electronically >publish< all kinds of documents“.

Unbegrenzte Verbreitungsmöglichkeiten

Ähnlicher Ansicht ist der Mailbox-Verbund „Thule“, der von Rechtsextremisten unterschiedlichster Couleur be- und genutzt wird: „Das Unbequeme am Internet ist, daß es international ist, und sich so der offiziellen (..) Zensur entzieht, daß dort Jeder mit vergleichsweise geringem Aufwand eine große Öffentlichkeit erreichen kann, und sich so der inoffiziellen Zensur entzieht und daß es Blockwarte und Gesinnungshüter quasi entmachtet, weil Jeder widersprechen kann. Das Prinzip wenige Informationslieferanten - viele passive Empfänger wird durch elektronische Kommunikation zunehmend gebrochen; und damit die Machtbasis der herrschenden Kreise.“

Deutschsprachige Texte aus dem rechtsextremen Spektrum finden sich im Internet regelmäßig bei der „Stormfront“. Auch der „Nationaldemokratische Hochschulbund“ (NHB), die Studierendenorganisation der ältesten rechtsextremen Partei in der Bundesrepublik, der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), macht mittels „Stormfront“ auf sich aufmerksam. In einem Positionspapier wurden die Kameraden unlängst aufgefordert „befreite Zonen!“ zu schaffen. „Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde“, so der NHB.

Auf braungefärbte E-Mailadressen und den Zugang zu entsprechenden Brettern im Internet werden rechtsextreme Kameraden per Anzeigen in einschlägigen Zeitschriften und Zeitungen aufmerksam gemacht; so u.a. in der auflagenstarken „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ), der neonationalsozialistisch ausgerichteten Postille „Junge Franken“ und der revisionistischen Schrift „Sleipnir“.

Die zunehmende Verbreitung von brauner Propaganda, aber auch von Pornographie, ruft in einigen Ländern, im speziellen in der Bundesrepublik, die Forderung nach Verboten im Internet hervor. Doch - die weltweite Internet-Gemeinde wehrt sich vehement gegen Zensur. Argumentiert wird damit, daß Verbote technisch nicht umsetzbar seien und gesellschaftliche Probleme technisch nicht gelöst werden können.

Anton Maegerle

Landtagswahlen 1996

**Wer bewirbt
sich wo?**

Baden-Württemberg:

Die baden-württembergischen „Republikaner“ haben zur Landtagswahl in allen 70 Wahlkreisen Kandidatinnen und Kandidaten sowie Ersatzbewerber/innen aufgestellt. In den vier Stuttgarter Wahlkreisen kandidieren Sabine Johnson (I), Karl-Heinz Kurtz (II), Horst Trageiser (MdL;III) und Anna-Maria Bachmann (IV). Von den bisherigen Landtagsabgeordneten treten wiederum an: Rolf Schlierer, REP-Bundesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender im Landtag (WK 14 Heidenheim), Ulrich Deuschle, stellvertretender Fraktionsvorsitzender (WK 8 Kirchheim), Rudolf Bühler (WK 16 Schorndorf), Michael Herbricht (WK 19 Eppingen), Heinz Troll (WK 29 Bruchsal), Lothar König (WK 43 Calw), Klaus Rapp (WK 44 Enz), Liane Offermanns (WK 49 Emmendingen), Rolf August, stellvertretender REP-Landesvorsitzender (WK 61 Hechingen-Münsingen), Karl August Schaal (WK 62 Tübingen). Der baden-württembergische REP-Landesvorsitzende Christian Käs stellt sich in Mannheim I (WK 35) und in Rottweil (WK 53) zur Wahl, die stellvertretenden Landesvorsitzenden Rüdiger Helfer in Rastatt (WK 32) und Wilhelm Kutschera in Heidenheim (WK 24). Landesgeschäftsführer Alfred Dagenbach kandidiert in Heilbronn (WK 18) und in Neckarsulm (WK 20). Die REP-Bundesvorstandsmitglieder Dieter Donnerstag und Dieter Lieberwirth treten an in Neckar-Odenwald (WK 38) und Waiblingen (WK 15).

Als Einzelbewerber tritt der geschaffte NPD-Vorsitzende Günter Deckert in Weinheim (WK 39), seinem Heimatort, an. Vertreten bei der Landtagswahl ist auch der revanchistische „Bund für Gesamtdeutschland. Ostdeutsche, Mittel- und Westdeutsche Wählergemeinschaft DIE NEUE DEUTSCHE MITTE (BGD). Für den BGD kandidiert Günter Voss in der Schwarzwaldstadt Rottweil (WK 53). Als Ersatzkandidat steht ihm Heinz Sprodowski zur Seite. Desweiteren kandidiert zu den baden-württembergischen Landtagswahlen noch die obskure „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ in drei Stuttgarter Wahlkreisen: Hubertus

Mohs (WK 1), Edmund Belle (WK 2) und Andreas Kleiner (WK 3). Edmund Belle tritt auch in Backnang (WK 17) an.

Schleswig-Holstein:

Die „Deutsche Volksunion“ des Münchner Verlegers Dr. Gerhard Frey bietet zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein Kandidatinnen und Kandidaten in sämtlichen 45 Wahlkreisen auf. 30 Personen davon stehen auf der DVU-Landesliste, 15 Bewerberinnen und Bewerber kandidieren nur in den Wahlkreisen. Die DVU-Landesliste wird angeführt von Heinrich Gerlach; ihm folgen in der Reihenfolge Renate Köhler (MdL), Heinrich Henftling, Dirk Schober, Benvenuto-Paul Frieze (MdL) und Helmut Thienemann (MdL).

Die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) kandidiert ebenfalls in allen 45 Wahlkreisen mit Direktbewerber/innen. Acht Kandidaten (darunter eine Kandidatin) stehen davon auf der DLVH-Landesliste: Ingo Stawitz (MdL), Ingo Schachtschneider (MdL), Armin Lenzer, Ursula Schwellnus, Ralf Zuckmantel, Reinhardt Dutschke, Wolfgang Behrens und Thomas Krüger.

Rheinland-Pfalz:

Zu den ebenfalls in Rheinland-Pfalz stattfindenden Landtagswahlen treten die „Republikaner“ mit 20 Kandidatinnen und Kandidaten auf der Landesliste sowie in 19 Wahlkreisen direkt an. Die Landesliste wird angeführt von dem früheren REP-Landesvorsitzenden Hans Herstein. Von den amtierenden Landesvorstandsmitgliedern stehen Gabriele Bannier auf Platz 3, Werner Wegmann auf Platz 5 und Detlev Levin auf Platz 6. Der Landesgeschäftsführer Heinz Bassermann folgt auf Platz 12.

Die NPD tritt ebenfalls zur Landtagswahl an. 12 Bewerber stehen auf der Landesliste. Im Wahlkreis 49 (Südliche Weinstraße) tritt der Spitzenkandidat Wilhelm Herbi (NPD-Landesvorsitzender in Rheinland Pfalz) direkt an. Auf der NPD-Landesliste finden sich noch die Landesvorstandsmitglieder Volker Beiser, Walter Schneller, Casimir Lichtenberger, Heinz Heck und Bruno Schmohr.

Die „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ bietet für Rheinland-Pfalz drei Bewerber für den Bezirk 3 auf: Hans-Peter Koehler, Barbara Spahn und Claus Unger.

Endlich Baubeginn nach 15 Jahren:

„Lernort Dachau“

Von Klaus Hahnzog MdL

1981 gab es die ersten Forderungen, in Dachau eine internationale Begegnungsstätte zu bauen. Weit über eine halbe Million Menschen aus allen Ländern der Erde, darunter sehr viele Jugendliche, besuchen jährlich die KZ-Gedenkstätte Dachau, das erste der Mordlager der Nazis. Mit einer Internationalen Begegnungsstätte sollte die Möglichkeit geschaffen werden, daß sich Jugendliche mit der Geschichte und ihren unmittelbaren Eindrücken zusammen mit anderen auseinandersetzen können.

Die Forderung nach einer Begegnungsstätte unter dem Motto „In der Begegnung erinnern, die Vergangenheit verstehen lernen“ stieß auf starken örtlichen und überörtlichen Widerstand, insbesondere aus CSU-Kreisen. In zäher Arbeit trieb der 1984 gegründete Förderverein das Vorhaben voran. Er wurde dabei von dem breit zusammengesetzten Kuratorium aus ehemaligen Häftlingen und Mitgliedern aus allen politischen und religiösen Bereichen, darunter neben anderen Karl Bonhoeffer, Hildegard Hamm-Brücher, Max Mannheimer, Franz Josef Müller (Weiße-Rose-Stiftung, München), Jürgen Schmude, Simon Snopkowski (Landesverband der israelitischen Kultusgemeinden in Bayern), Hans Jochen Vogel und Antje Vollmer, unterstützt. Das von der CSU-Mehrheit im Landtag 1989 beschlossene Konzept für eine Stiftung „Jugendgästehaus Dachau“ mit den Gründern Freistaat Bayern, Landkreis und Stadt Dachau blieb in wichtigen Punkten hinter unseren Vorstellungen zurück. Wir wollten eine staatsfreie Geschichtsarbeit und Jugendbegegnung, die am „Lernort Dachau“ dem Erbe der Häftlinge verpflichtet ist und die Vielfalt, den freien Diskurs und den internationalen Geist repräsentiert.

Dennoch begrüßt es der Förderverein, daß das jetzige Vorhaben endlich tatsächlich Gestalt annimmt und nach kaum glaublichen Verzögerungen im März 1996 die Bauarbeiten beginnen. In der Präambel der Stiftung heißt es ausdrücklich: „Angesichts der geschichtlichen Bedeutung und

der menschlich-moralischen Dimension des begangenen Unrechts ist es eine fortwirkende Verpflichtung, gerade auch gegenüber den nachfolgenden Generationen die geschichtlichen Ereignisse wahrheitsgemäß darzustellen und zu vermitteln, die Erinnerung an die Leiden der Opfer lebendig zu halten, darüber hinaus aber auch einsichtig zu machen, in welchem Maße die Erfahrungen aus der NS-Zeit für unsere heutige Staats- und Gesellschaftsordnung bestimmend geworden sind und welche Verantwortung daraus für die Gestaltung einer menschenwürdigen Zukunft erwächst (...)“ Da bietet das Haus wesentlich größere Chancen, als die sehr lange propagierte Lösung einer bloßen Jugendherberge. Ohne unseren Verein wäre das jetzt Erreichte nicht entstanden.

Der Förderverein ist bereit, nach Fertigstellung mit dem Haus und dessen pädagogischem Personal zu kooperieren und seine Erfahrungen und Verbindungen aus elf Jahren Erinnerungsarbeit und 13 Jahren Internationales Jugendbegegnungszeltlager zur Verfügung zu stellen. Unsere durch langjährige Kontakte zu Zeitzeugen geprägte Arbeit, die erstellten Dokumentationen und Berichte ehemaliger Dachau-Häftlinge sollen in die Arbeit an diesem Lernort eingehen.

Dies zeigt zugleich die Bandbreite der Arbeit unseres Vereins, für den das Fordern dieses Hauses nur ein Aspekt war und sein wird. Das gesamte Spektrum läßt sich kurz in zehn Punkten zusammenfassen:

1. Veranstaltungen zur Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit und Begegnungsarbeit
2. Betreuung von Besuchergruppen der KZ-Gedenkstätte
3. Fachstelle für gedenkstättenpädagogische Fragen und historische Bildungsarbeit
4. Inhaltliche Schwerpunkte wie Frauen im Nationalsozialismus, Jugend im Nationalsozialismus
5. Filmarbeit - Projekt „Zeitzeugen“
6. Koordinierungsarbeit mit örtlichen Gruppen und überörtlich Austausch mit Gedenkstätteninitiativen
7. Kritische Begleitung der Entstehung des Jugendgästehauses Dachau
8. Historische, politische Auseinandersetzung um die Arbeit der KZ-Gedenkstätte Dachau
9. Förderung der Begegnung und von Kontakten zwischen Jugendlichen und Zeitzeugen
10. Dokumentations- und Öffentlichkeitsarbeit.

Näheres läßt sich bei unserer Vereinsgeschäftsstelle erfragen:

Förderverein für Internationale Jugendbegegnung in Dachau e.V., Zur Alten Schießstatt 1, 85221 Dachau, Tel. 08131 / 83303, Fax - 83309.

Wer unsere Arbeit für gut und notwendig hält, kann sich auch überlegen, wie andere aus ganz Deutschland Mitglied zu werden oder uns eine Spende zukommen zu lassen. Nur mit solcher Unterstützung ist unsere Arbeit möglich.

Der Autor ist Vorsitzender des Fördervereins

„Europa vorn“ in der Bredouille

Mit einem „dringenden Spendenaufruf“ hat sich der Herausgeber der Zeitschrift „Europa vorn“, Manfred Rouhs, Anfang März in einem Rundbrief an seine Leserinnen und Leser gerichtet, um anstehende Anwalts- und Gerichtskosten begleichen zu können. Sollten die Empfänger „diesen Spendenaufruf achtlos beiseite legen, muß ‘Europa vorn’ eingestellt werden“, kündigte der 31jährige, der von 1989 bis 1994 als Ratsherr für die „Republikaner“ bzw. „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ dem Kölner Stadtrat angehörte, an. Hintergrund für Rouhs’ Lamento sind zwei Prozesse, die der Verleger derzeit führen muß - gegen das Konkurrenzblatt „Junge Freiheit“ und gegen den Vermieter seiner Wohnung in der Kölner Leostaße.

Im Dachgeschoß in der Leostraße 41 befindet sich nicht nur die Privatwohnung Rouhs’. Über die Anschrift ist auch die Redaktion von „Europa vorn“ zu erreichen. Für den Rechtsanwalt des Vermieters werden die Räume damit vertragswidrig als Büro für „eine der führenden Nazi-Hetzschriften in Deutschland“ genutzt. Daneben diene sie auch als „Anlaufstelle der rechtsradikalen Vereinigung ‘Deutsche Liga’“. Bis Ende März solle Rouhs der Aufforderung nachkommen, die Wohnung „ausschließlich nur noch zu Wohnzwecken zu benutzen.“ Andernfalls droht ihm eine Vertragsstrafe in Höhe von 10.000 DM.

Die „Junge Freiheit“ dagegen hat, vertreten durch ihren Rechtsanwalt und „Junge Freiheit“-Autor Klaus Kunze (Uslar), Rouhs auf Schadensersatz verklagt, nachdem in der „Europa vorn“-Ausgabe 86/1995 die Karikatur „Justitia in schwerer See“

erschienen war. Die Zeichnung, so die „Junge Freiheit“, habe der Karikaturist Helmut Schatzmayer im Auftrag des Blattes angefertigt. Dort sei sie im August 1994 veröffentlicht worden. Damit sei die „Junge Freiheit“ Inhaberin des Urheberrechts. Rouhs gab zu seiner Rechtfertigung an, er habe die Zeichnung den nationaldemokratischen „Dortmunder Stimmen“ entnommen (die in der betreffenden Ausgabe von „Europa vorn“ auch als Quelle genannt werden). Vom Verleger dieser NPD-Zeitung will er das Einverständnis zum Nachdruck eingeholt haben. Daß die Zeichnung ursprünglich in der „Jungen Freiheit“ publiziert worden ist, sei ihm nicht bekannt gewesen.

Der Richter am Amtsgericht Hannover gab in seinem Urteil vom 13. Februar der „Jungen Freiheit“ recht (AZ 502 C. 17509/95). Er verurteilte Rouhs, es zu unterlassen, die Karikatur ohne Einwilligung der „Jungen Freiheit“ abzudrucken. Außerdem soll Rouhs 1000,— DM Schadensersatz zahlen. Dem Beklagten, so der Richter in seiner Begründung, sei es nämlich zumutbar gewesen, bei den „Dortmunder Stimmen“ „Nachforschungen über die Erlangung des Urheberrechts anzustellen bevor die Übernahme und der Abdruck erfolgt.“ Rouhs hat Berufung angekündigt.

Seine Karten scheinen dabei aber nicht gut zu stehen. Karikaturen hat das Blatt nicht das erste Mal übernommen, ohne die Urheberrechte vorher abzuklären - vermutlich in der Annahme, die Betroffenen würden dies nicht merken. Diese Erfahrung mußte im letzten Jahr auch der Karikaturist Erich Rauschenbach machen, der sich in der von Rouhs unregelmäßig verbreiteten Jugendzeitschrift Hoppla“ (Ausgabe 2 vom Sommer 1995. Die erste Ausgabe ist nach Rouhs’ Angaben in einer Auflage von 30.000 Exemplaren verbreitet worden) mit einer seiner Zeichnungen zwischen Artikeln über „Nationale Jugendbünde“ und „Multi-Kulti-Fanatiker“ widerfand. Rauschenbach zeigte sich empört: Der Abdruck, erklärte er auf Anfrage, sei „ohne mein Einverständnis und gegen meinen Willen und mein politisches Selbstverständnis“ erfolgt. Er habe Rouhs seinerzeit „jedweden weiteren Abdruck meiner Arbeiten“ untersagt. Zugleich stellte er für den nichtautorisierten Abdruck ein Honorar in Höhe von 500,— DM in Rechnung, das Rouhs auf das Spendenkonto von „amnesty international“ (ai) überweisen sollte. Der Betrag sei damals von Rouhs ohne Widerspruch akzeptiert und überwiesen worden.

Christian Nigl

Kirche warnt vor Jugendsekte:

„Katholische“ Pfadfinder auf Abwegen

Im Februar stellte die Staatsanwaltschaft im nordbadischen Mosbach die Ermittlungsverfahren gegen neun Führungsmitglieder des „Pfadfinderbundes Süd“ (PBS; siehe BNR 17/95) wegen Verdachts der Volksverhetzung ein. Doch bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe ist die Akte mit den Vorwürfen gegen die beiden Hauptverdächtigen, darunter den 56jährigen PBS-Geschäftsführer Dieter Scholtz (CDU), noch immer offen. Dabei wird vor allem geprüft, ob rechtsextremes Gedankengut wie die „Auschwitz-Lüge“ gezielt in die angeschlossenen Jugendverbände hineingetragen wurde.

Negativschlagzeilen liefert seit einigen Monaten auch die „Katholische Pfadfinderschaft Europas“ (KPE), ein kirchlich nicht anerkannter Jugendverband, der weder dem „Bund der deutschen Katholischen Jugend“ (BDKJ), noch der „Weltorganisation der Pfadfinder“ (WOSM) angehört. Ebenso ist die KPE nicht von der „Internationalen Katholischen Konferenz des Pfadfindertums“ (CICS) anerkannt. Das Erzbischöfliche Jugendamt München warnte gar in seiner letztjährigen Presseerklärung vor der KPE: „Eltern wird abgeraten, ihre Kinder in Gruppen der KPE zu schicken. Die Arbeit der KPE wird mit Skepsis beurteilt.“ Vorgeworfen werden der KPE „nahezu militärische Gehorsamsanforderungen, Gruppenzwang und intensive Gefühlsmanipulationen“, ebenso werde das Führerprinzip propagiert. Der Jesuit Roman Bleistein urteilt, daß sich in der KPE „ähnliche Phänomene zeigen wie bei bekannten Jugendsekten. Die Verteufelung der Welt, die starke Betonung der Gruppe, das starre dogmatische System, die apokalyptischen Äußerungen können nur eine gefährliche religiöse Identität hervorbringen“. Zur Festigung der religiösen Identität bedienen sich die „katholischen“ Pfadfinder szenen-schlägiger Repressalien wie Schweige-Exerzitien, Sühnenächten und Wallfahrten mit stundenlangem Rosenkranz-Beten. Kernstück der KPE-Ideologie ist eine „äußerst rigide Sexualmoral“ (Süddeutsche Zeitung). Gemäß einer pädagogischen Hand-

reichung der KPE sollen die Jugendlichen „Straßen meiden, in denen sich Sex-Shops befinden, oder Kneipen und Nachtlokale mit entsprechenden Aushängen sowie Kioske, die ihre Illustrierten in den Blickfang stellen“. Man versteht sich als elitäre Gruppe, die die katholische Kirche auf einen vorkonziliaren Kurs bringen will.

„Verteufelung der Welt“

Daran scheinen auch die Macher der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) Gefallen zu finden. Erst jüngst berichtete in der JF eine Autorin namens Mechthild Brunner enthusiastisch über die 20-Jahr-Feier der KPE, die im Augsburger Kongreßsaal veranstaltet wurde. Stargast bei der Feier war die sechsfache Mutter Johanna Gräfin von Westphalen (geb. Gräfin von Galen). Frau von Westphalen steht der KPE als Ehrenpräsidentin vor, amtiert zugleich als Vorsitzende der „Christdemokraten für das Leben“ (CDL) sowie der „Stiftung Ja zum Leben“, ist Unterzeichnerin des „Berliner Appells“ und trat schon als Referentin beim Kongreß „Mut zur Ethik“, der von der Rechts-Polit-Sekte „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM) durchgeführt wird, auf.

Bewundert wird von der JF, daß es der KPE „nicht um tiefenpsychologische oder neomarxistische Seelenmassage“, sondern „um die katholische Lehre in ihrer 2000jährigen Kontinuität“ gehe. Angesagt sei die „Erziehung der Jugend zur Reinheit, zur Beichte und zur Muttergottes-Verehrung.“ Besonders erwähnenswert erscheint der JF-Autorin die Mitteilung, daß die KPE ein Zusammenschluß derer sei, „die sich vom Zeitgeist nicht einen neuen Glauben diktieren lassen.“ Auch der rechts-katholische „Komm-Mit-Kalender“ (Untertitel: „Jahrbuch für die Jugend“) ist von der KPE angetan. Im aktuellen Kalenderjahrgang wird die KPE den jugendlichen Leserinnen und Lesern als „glaubenstreue Gruppe“ angepriesen.

„Erziehung der Jugend zur Reinheit“

Gegründet wurde die hierarchisch aufgebaute KPE, deren rund 2.500 Mitglieder striktem Gehorsam unterworfen sind, im Februar 1976 in Fortbach bei Gießen als Alternative zur katholischen „Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg“. Diese

war dem damaligen Jesuitenpater und heutigen Bundeskurat der KPE Andreas Hönisch zu weltoffen geworden.

KPE-Mitbegründer Hönisch, der als ultrarechts gilt und in mehreren deutschen Diözesen Predigtverbot hat, zählt - ebenso wie seine Anhängerschaft - als „Verehrer“ (Focus) des „Engelwerks“ („Opus Angelorum“), einer „obskuren, fundamentalistischen Sekte“ (Kirche Intern), deren Führung die Anhänger religiös und wirtschaftlich ausbeutet, mit der Angst regiert und die ganze Kirche unterwandern und unter ihren Einfluß bringen will. Weltweit hat das „Engelwerk“ (Feindbild: der „Teufel“), neben dem „Opus Dei“ der bedeutendste „katholische“ Geheimbund, nach eigenem Bekunden „400 Engel und 200 Dämonen“ geoutet und danach namentlich benannt. Die Gemeinschaft will rund eine Million Mitglieder in ihren Reihen haben, darunter mehr als 50 Bischöfe.

Unchristliche Chorgesänge

Die KPE (Bundesvorsitzender: Gymnasialdirektor Günter Walter; Schriftleiter der KPE-Zeitung „Pfadfinder Mariens“: Claus Peter Clausen) zählt zu den Ausrichtern des „Grand Prix der völkischen Musik“ (Kölner StadtRevue), in rechten Kreisen besser als „Augsburger Sängerwettstreit“ bekannt. Dieser wird seit Januar 1992 alljährlich durchgeführt, nachdem der herkömmliche „Hamburger Singerwettstreit“ nach Auffassung der Spalterfraktion um die KPE „zu links“ geworden sei. Ihren Chorgesang konnten in Augsburg (laut Pressesprecher Bernhard gibt es in der Augsburger Diözese Gattner etwa 300 KPE-Pfadfinder) bisher u.a. die „Jungenschaft Schwarzer Adler“, „Mädelschaft Ubier“, „Pfadfinderbund Weltenbummler“, der „Freibund“, ebenso wie der aus der zwischenzeitlich verbotenen „Wiking-Jugend“ (WJ) hervorgegangene Jugendbund „Sturmvogel“, erklingen lassen. Bei der letztjährigen Veranstaltung, dem 4. Augsburger Sängerwettstreit, belegte der KPE-Bundessingekreis in der Kategorie „Fahrtenlied-Singen“ den ersten Platz. Nach der Kür der Sieger marschierte, wie die JF zu berichten weiß, eine „riesige Schar Jugendlicher in den verschiedensten Kluft und Trachten (..) dem mit Fackeln erleuchteten Weg“ entlang.

Anton Maegerle

„Sektenproblem nicht verschlafen“

Zur Diskussion über Sekten und Psychogruppen lud die SPD-Bundestagsfraktion Mitte März in die nordrhein-westfälische Landesvertretung in Bonn. Obwohl es ca. 600 Sekten und Psychogruppen mit rund zwei Millionen Mitgliedern in Deutschland gibt, stand im Mittelpunkt der Diskussion die Bekämpfung der Scientology-Organisation. Nach den Worten von Hansjörg Hemminger von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen gehen von Psychogruppen und Politsekt Gefahren für die Demokratie und die Gesellschaft aus. Am häufigsten müßten sich die Beratungsstellen mit den „ideologischen Extremgruppen“ befassen. Ihnen sei gemeinsam, daß sie keinen religiösen Anspruch verfolgten.

Über die Gefahren der Sekten für die Wirtschaft sprach Angelika Christ, Vorsitzende des Vereins Sekten-Information und Selbsthilfe (Sinus). Angeblich sollen bereits 8000 Führungskräfte der Wirtschaft an dubiosen Seminaren dieser Organisationen teilgenommen haben, die auf Gehirnwäsche und Gehormsam angelegt seien. Ihre Prognose: „Wenn die Seminarinhalte in die Praxis umgesetzt werden sollen, kriegen die Unternehmen große Probleme“. Christ regte einen sachlichen Umgang der Wirtschaft mit betroffenen Mitarbeitern an.

Von ihren Erfahrungen mit der Scientology-Organisation berichtete Ursula Caberta. Seit Ende 1992 leitet die ehemalige Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete die vom Senat eingerichtete vierköpfige Arbeitsgruppe Scientology. „Scientology ist keine Kirche, sondern eine totalitäre Organisation“, belegte sie anhand der Schriften des Gründers L. Ron Hubbard. Die Berufung auf den Status der Kirche diene dem Ziel, „den Staat zu verdummen“. Daher appellierte Caberta an Bundes- und Landespolitiker, entschieden gegen die Organisation vorzugehen. In Hamburg konnte nach langen Auseinandersetzungen durchgeboxt werden, daß Scientology wie andere Unternehmen auch Gewerbesteuer zahlen muß. In Düsseldorf wurde der Organisation der Eintrag ins Vereinsregister verwehrt.

Caberta wie auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Renate Rennebach sprach sich für die Einrichtung einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zur Bekämpfung von Sekten und Psychogruppen aus. „Wir dürfen dieses Problem nicht verschlafen“, appellierte Rennebach. Hendrik Zörner

Gefährliche Heilslehren

Es besteht allgemein eher die Tendenz, das Phänomen Esoterik als harmlose Freizeitbeschäftigung abzutun. Betrachtet man jedoch die historische Dimension, wird deutlich, daß nahezu alle esoterischen Vorstellungen eine gefährliche Nähe zu faschistischen Weltanschauungen bzw. zum Nationalsozialismus aufweisen.

Das Ablehnen von Wissenschaft und Vernunft zugunsten einer „ganzheitlichen“, mythologisch-mystischen Weltanschauung hat in Deutschland eine lange Tradition, die kurz skizziert werden soll:

Das deutsche Bürgertum hatte es im 18. und 19. Jahrhundert nicht vermocht, sich zu emanzipieren. Eine erfolgreiche bürgerliche Revolution blieb aus, die Aufklärung war im wesentlichen nur eine Sache der Philosophen, und die Industrialisierung setzte erst spät ein. Bis 1918 war die deutsche Gesellschaft ein merkwürdiges Konglomerat aus feudaler Stände- und bürgerlicher Klassengesellschaft. Gerade in großen Teilen des Bildungsbürgertums entstand jene emotionale und ideologische Abgrenzung gegen die moderne Industriegesellschaft, indem man ihrem materiellen Charakter die „wahren Werte“ entgegenstellte. Ein Ergebnis dieser Entwicklung war die spezifische Form des kulturpessimistischen Konservatismus, der sich aus dem Bedürfnis nach Harmonie völkisch-esoterischer Mythen bediente und gleichzeitig eine aggressive Frontstellung gegenüber allen Andersdenkenden einnahm. Gefühl, Rasse und Nation werdem dem Intellekt entgegengesetzt.

Julius Langbehn (1851-1907) schreibt: „Nur eine Bildung und eine Kunst, welche das deutsche Herz als höchste Autorität anerkennt, kann dem inneren Leben der Deutschen eine glückliche Zukunft verbürgen (...) Herzensbildung muß an Stelle der Verstandesbildung treten.“(1)

Der Kulturpessimismus und in seiner Gefolgschaft die Lebensreformbewegung, die wiederum unterschiedliche Ausformungen fand - etwa in der bürgerlichen Jugendbewegung oder in der „Freien-Körper-Kultur“ - sind als Reaktionen auf die Auswirkungen der Industrialisierung zu verstehen. Die Flucht ins Irrationale ist das Gemeinsame der ansonsten sehr unterschiedlichen Bewegungen und Gruppierungen. Eine weitere Klammer für viele Protagonisten dieser Entwicklung ist der

Antisemitismus. „Nibelungengeist gegen Synagogengeist. In Worms sind schon einmal Juden verbrannt worden. Geben die letzteren acht, daß es nicht wieder so kommt.“ Was Langbehn hier 1892 ausspricht, verdichtet sich einige Jahre später bei Adolf Lanz zu der obskuren Theorie der „Ariosophie“, einer esoterischen „Lehre“, nach der die Arier über das genetische Erbe von prähistorischen Gottesmenschen verfügen, welche einst in Einklang mit der Natur lebten. Lanz, der sich selbst Jörg Lanz von Liebenfels nennt, gibt die Zeitschrift „Ostara“ heraus, welche in der rechtsradikalen Okkultistenszene sehr beliebt ist.(2)

Irrationalismus als Programm

Adolf Lanz, als Esoteriker, der nach politischem Einfluß trachtet, ist kein Einzelfall. Gegen Ende des Kaiserreichs gibt es zahllose Beispiele in Philosophie und Literatur, und auch in der Weimarer Republik läßt dieser Trend nicht nach. Die Münchner Thule-Gesellschaft – antidemokratisch, antisemitisch und mörderisch – ist die Keimzelle der NSDAP. Die hier versammelten Republikgegner und Fememörder sind in großer Anzahl Anhänger okkultur Praktiken.(3) Das Hakenkreuz, bereits 1907 von Lanz auf seiner Burg als Fahne gehißt, erlebt jetzt einen nahezu inflationären Gebrauch. Die Lebensphilosophie setzt dem Intellekt einen rauschhaft-verschwommenen Begriff des Lebens entgegen, und es bleibt kein Platz mehr für rationale Analyse und Vernunft. Thomas Mann weist bereits 1930 auf diese Entwicklung hin, die er für verhängnisvoll hält, weil in ihr die „Kräfte des Unbewußten, Dunkelschöpferischen“ den Intellekt als „lebensmörderisch“ denunzieren. Wie zuvor die Inflation, ist es jetzt die Weltwirtschaftskrise, die dazu führt, daß das Irrationale bei vielen auf Akzeptanz stößt, und zwar in erster Linie bei akademisch Gebildeten.

Das Leben wird der Wissenschaft, der Politik und nicht zuletzt der Linken entgegengesetzt. „Dem Begriff des Lebens entspricht die subjektive Form des Erlebens im Gegensatz zum analytischen Durchdringen einer Sache (...) Doch dieser Lebensbegriff ist in sich selbst nicht geklärt. Er hat etwas Rauschhaftes, Dionysisches; er duldet nicht, daß nach seinem eigentlichen Sinn gefragt werde.“(4)

Die esoterisch-mystischen Vorstellungen der Lebensphilosophie und der völkische Rassismus beeinflussten, wenn nicht gar bedingten einander. Der Rassismus ist keine Entgleisung der Lebensphilosophie, sondern er ist ihr immanent. Der

Auschwitzkommandant Rudolf Höß kam aus der Lebensreformbewegung, und in Himmels Lektüreliste finden wir Bücher über Okkultismus, Magie und Spiritualismus.(5)

Vom Rassismus zum Völkermord

Die Ideologie des Nationalsozialismus hat ihr wesentliches Merkmal in der Negierung des Intellektes und der Vernunft zugunsten von Mythos und Glaube. Sie knüpft damit an jene geistesgeschichtlichen Traditionen, die skizziert wurden, an und bietet vor allem bildungsbürgerlichen Schichten ein Betätigungsfeld - in vermeintlicher Ferne von den Schlägertrupps der SA. Die Romane Lion Feuchtwangers verdeutlichen diese Zusammenhänge außerordentlich brilliant. Andere Literaten hingegen begrüßen die Machtübernahme Hitlers und sehen eine neue Ära heraufziehen, eine Ära, in der die Ideale der europäischen Aufklärung keinen Platz mehr haben sollen. So kommt beispielsweise Gottfried Benn zu dem Schluß, daß das Gehirn ein „Irrweg“ sei.

Ein weiteres in diesem Zusammenhang wichtiges Kennzeichen des Nationalsozialismus besteht in der Gleichzeitigkeit von technologischen Modernisierungsschüben und rückwärtsgewandten mythologisch-esoterischen Weltanschauungen. In Auschwitz wird die tödliche Konsequenz dieser Gleichzeitigkeit sichtbar: In einem modernen Werk der IG Farben schufteten sich „Untermenschen“ zu Tode oder werden in unmittelbarer Nähe vergast. Der Völkermord, initiiert durch die barbarischen „Lehren“ eines Langbehn und Lanz, wird umgesetzt mittels moderner Methoden. Und bei Rosenberg lesen wir: „Es gilt somit das tiefste Gesetz jeder echten Kultur zu erkennen: sie ist Bewußtseinsgestaltung des Vegetativ-Vitalen einer Rasse.“(6)

Langbehn, de Lagarde, Lanz, Rosenberg und viele andere haben ideologisch vorbereitet, was Himmler mit seiner SS grauenhafteste Wirklichkeit werden ließ. Der Begriff der Vernunft wurde nur noch den technologischen Erfordernissen der Kriegsführung unterworfen, für die sozialen Verhältnisse spielten sie keine Rolle mehr. Im ideologischen Dunstkreis der Mythen von Natur, Blut und Boden und Rasse ist in der Tat kein Platz mehr für Vernunft und damit für Humanität.

Der heutige Esoterik-Boom muß deshalb auch vor diesem Hintergrund bewertet werden. Es darf dabei selbstredend nicht um die Denunzierung

derer gehen, die sich esoterischen Praktiken „hingeben“. Aber: Auch wenn die heutige Esoterik nur in seltenen Fällen einen direkten Bezug zu ihren Vorgängern vom Schlage eines Langbehn oder Lanz nimmt, so muß doch klar sein, daß ihr Wesen nach wie vor in der Geringschätzung von Vernunft und Wissenschaft zugunsten einer völlig irrationalen Weltanschauung besteht. Gesellschaftliche Verhältnisse werden nicht mehr thematisiert - im Gegenteil: ihnen wird keine Bedeutung mehr für das Leben der Individuen beigemessen. Dazu mehr in der nächsten BNR-Ausgabe. Thomas Ewald

- (1) Julius Langbehn. Der Rembrandtdeutsche. Von einem Wahrheitsfreund. Dresden 1892, S. 8
- (2) siehe hierzu: Wilfried Daim. Der Mann der Hitler die Ideen gab. Jörg Lanz von Liebenfels. Wien 1994
- (3) siehe hierzu: Hermann Wilhelm. Dichter, Denker, Fememörder. Rechtsradikalismus und Antisemitismus in München von der Jahrhundertwende bis 1921. Berlin 1989
- (4) Kurt Sontheimer. Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. München 1978, S.56
- (5) Bradley F. Smith. Heinrich Himmler 1900 - 1926. Sein Weg in den deutschen Faschismus. München 1979, S.231ff
- (6) Alfred Rosenberg. Der Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts. München 1943/7. Aufl., S.140

Esoterik- Fachtagung

Die Hessische Landeszentrale für politische Bildung bietet am 17. April in Kassel eine Fachtagung zu dem Thema „Esoterik und New Age“ an. Beginn der Veranstaltung ist 10.00 Uhr. Als Referenten sind vorgesehen: Thomas Ewald, Gesamthochschule Kassel, zu dem Thema „Die Esoterik - eine historische Betrachtung“, Hartmut Zinser, Berlin, mit „Der moderne Okkultismus als kulturelles Phänomen unter Jugendlichen und Erwachsenen“ und der Frankfurter Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke über „Die Bedeutung des Irrationalen in der Politik. Eine abschließende Diskussion findet um 15.30 Uhr statt. Ort der Veranstaltung: Philipp Scheidemann Haus, Holländische Straße 72-74, 34127 Kassel, Tel. 0561 / 894392.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechtsextremistische Periodika in 1996

Berücksichtigt wurden „Nation + Europa“, „Deutsche National-Zeitung“ und „Junge Freiheit“, die bis Redaktionsschluß vorlagen:

„Nation+Europa“ (NE) - 46.Jg.-3/1996;
Zum 450. Todestag Martin Luthers nimmt NE die Korrektur der Benennung von öffentlichen Straßen und Einrichtungen nach dem NS-belasteten Generaloberst Eduard Dietl zum Anlaß, angesichts des Antisemitismus des Reformators ein gleiches Vorgehen gegenüber diesem zu fordern. Im übrigen werden die Vorgänge um den Brand in dem Lübecker Flüchtlingsheim (unter Berufung auf Zitate aus der FAZ, u.a. Prof. Hornung) als „Aufmarsch der Hysteriker“ vorgeführt. In der Kolumne „Aus meiner Sicht“ ergeht sich Franz Schönhuber in Medienbeschimpfung bezüglich der Berichterstattung über Rechtsextremismus, wobei naturgemäß die „Enthüllungen“ von Panorama über Simon Wiesenthal zupaß kommen. Schönhubers Erwartung, „das aus Lügen, Volksverdummung und Verbiegen historischer Wahrheiten zusammengebastelte Kartenhaus ist am zusammenfallen“, sehen wir interessiert entgegen. Harald Neubauers Empfehlung, „aus bloßer Tarifpartnerschaft soll wieder Volksgemeinschaft werden“, mündet in die Forderung „Arbeit für Deutsche“. In weiteren Beiträgen wird für die Vereinigung der Rechten getrommelt, der im Fall einer Wahlniederlage am 24.März erwartete Rücktritt des REP-Vorsitzenden Schlierer dafür als Impuls bezeichnet. Als nachahmenswert gilt für NE die Forderung des Front National „die Vorstädte zurückzuerobern“, mit anderen Worten, die Einwanderer in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken.

„Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) - 46.Jg.;
Weiter geht es mit Attacken gegen Simon Wiesenthal, die von ihm gemachten angeblich falschen Angaben nutzt die Frey-Gazette zur Relativierung der NS-Greuel (DNZ 9/96). Die aufgedeckten, gefälschten TV-Beiträge eines Journalisten gelten als Beleg für die insgesamt verlogene Medienberichterstattung über Rechtsextremismus. Diffamierende Sätze zu Bundespräsident Roman Herzog, dessen „Forderung nach Kollektivverantwortung und Kollektivhaftung selbst noch ungeborener deutscher Generationen“ beispielloos seien (9/96). Deutsche Spätaussiedler werden angeblich

von Bonn an der Einreise gehindert, während jüdische Kontingentflüchtlinge „ohne jede Zugehörigkeit ... immense Vorzüge“ genossen (DNZ 10/96). Respektbekundung gegenüber dem in Spanien verbliebenen Nazi-General Otto-Ernst Remer, der als „Offizier der deutschen Wehrmacht acht, zum Teil schwere, Verwundungen“ erlitten und hohe Tapferkeitsauszeichnungen erhalten habe (10/96). Die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis muß als Sündenbock für die von verschiedenen Medien in jüngster Zeit begangenen Fehler herhalten (DNZ 11/96). Mit großer Sympathie betrachtet die DNZ das Weltbild des amerikanischen Rechtsaußen Pat Buchanan (11/96). Kritik an der Wanderausstellung „Verbrechen der Deutschen Wehrmacht 1941 - 1944“ wird mit der Denunzierung der Initiatoren und selbstredend der Reinwaschung der Wehrmacht verbunden (12/96).

„Junge Freiheit“ (JF) - 11. Jg.:

Der Führer der gewandelten italienischen Neofaschisten Gianfranco Fini wird in einem wohlwollenden Portrait als „einer der wenigen Nachwuchshoffnungen“ Italiens bezeichnet (JF 8/96). Überfremdung droht nach Ansicht der JF dem Kleinstaat Luxemburg; die zugewanderten Portugiesen wollten sich im Gegensatz zu den Franzosen, Belgiern und Franzosen nicht integrieren (8/96). „Ein schändliches Spiel“ treibt nach Meinung des JF-Autors Michael Oelmann der SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine; dieser wolle „220.000 Deutschen aus bedrängter Lage die Aufnahme aus arbeitsmarktpolitischen Gründen verweigern ... während gleichzeitig über zwei Millionen Ausländer in Deutschland einen Arbeitsplatz innehaben...“ (JF 9/96). Mit Erstaunen nimmt man ein Interview des sächsischen Umweltministers Arnold Vaatz (CDU) zur Kenntnis. Der nach rechtsaußen mutierte ehemalige „Linke“ Günther Rehak (vgl. BNR 22/95) darf als angeblicher „Austromarxist“ die Dollfuß-Legende bewerten. CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer warnt vor den Gefahren des Linksterrorismus (JF 10/96). Mangelnde nationale Identität und Bekenntnis wird der SPD vorgeworfen, weil die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Gisela Böhrk deutsche Schüler auf eine dänische Schule schicken will (10/96). Interview mit dem REP-Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer; dieser deutet an, daß für ein Scheitern des Wiedereinzugs der REP in den baden-württembergischen Landtag jemand die politische Verantwortung übernehmen müsse (JF 11/96).

Projekt mit Gemeinsinn

Im Rahmen der Verleihung des Preises „Gesellschaftswissenschaften im Praxisbezug“ der Schader-Stiftung, Darmstadt, ist u. a. ein vom Institut für Politikwissenschaft der Universität der Bundeswehr Hamburg unter Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Gessenharter durchgeführtes Projekt „Zusammenleben mit Ausländern“ vorgestellt worden. Ausgangspunkt waren Probleme im Zusammenleben mit Ausländern und sich abzeichnende tätliche Angriffe auf deren Wohnstätten. Rat und Verwaltung der Stadt Buxtehude haben daraufhin beim Institut für Politikwissenschaft eine sozialwissenschaftliche Beratung erbeten, die zu einem Modellprojekt geführt hat, in dessen Rahmen der in- und ausländischen Bevölkerung die Möglichkeit eröffnet wurde, einerseits zum Problem des Zusammenlebens Stellung zu nehmen und zugleich Vorschläge zu erarbeiten, wie es verbessert werden kann. Dabei hatte sich der Rat verpflichtet, die in einem Gutachten der Bürger formulierten Vorschläge auch umzusetzen. In einer ersten Phase wurden 55 Bewohner der Stadt Buxtehude und sieben kommunale Experten in zweistündigen Interviews um ihre Stellungnahme befragt; ergänzt wurde dies durch eine Straßenumfrage mit 320 Einwohnern nach einem standardisierten Fragebogen. In einer zweiten Phase wurden in sieben Gesprächsrunden mit 15 Personen aus allen Lebensbereichen der Stadt die Lösungsvorschläge diskutiert; in der dritten Phase sodann 18 in- und acht ausländische Einwohner der Stadt Buxtehude zur Mitarbeit in einer sogenannten Planungszelle eingeladen. Es wurde ein Kriterienkatalog erarbeitet an dem auch Mitarbeiter der Stadtverwaltung als Experten mitgewirkt haben. Ergebnis war das erwähnte Bürgergutachten, in dem die wichtigsten Maßnahmen als Reformvorschläge an die Stadt zusammengefaßt und begründet wurden. Das Bürgergutachten befindet sich derzeit in der Umsetzung.

Bemerkenswert ist, daß die Angriffe auf Ausländer schlagartig zurückgingen als in der Öffentlichkeit über das Projekt diskutiert wurde. Desweiteren hat sich eine deutsch-ausländische Gemeinschaft gegründet, die nicht nur die Umsetzung des Bürgergutachtens begleitet, sondern Politik und Verwaltung als Gesprächspartner zur Verfügung steht. Bei der Vorstellung des Projektes wurde die Verknüpfung von Wissenschaft und Praxis und die

starke Einbeziehung der Betroffenen hervorgehoben. In Weiterführung dieses Ansatzes wird derzeit mit dem Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern ein Projekt im beruflichen Bildungsbereich und mit der Stadtentwicklungsbehörde Hamburg im Bereich der Stadtplanung erarbeitet.

Auskünfte über das Projekt erteilt die Schader-Stiftung, Karlstr. 85, 64285 Darmstadt bzw. das Institut für Politikwissenschaft, Postfach 700822, 22008 Hamburg.

Klaus-Henning Rosen

HINWEISE:

Solingen - Auf rund 150 Seiten dokumentiert das „Antifa-Archiv Solingen“ akribisch die Umtriebe des Solinger „Baulöwen“ Günther Kissel. Anhand von Dokumenten wird offengelegt, daß Kissel rechtsextremistische Gruppen wie die „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP), die NPD und die HIAG finanziert bzw. unterstützt (hat). Darüberhinaus soll er mit zahlreichen braunen Galionsfiguren - wie z.B. mit Otto Ernst Remer und Thies Christophersen - befreundet sein. Die Broschüre kann zum Preis von DM 15,— bezogen werden: Antifa-Archiv Solingen, Postfach 100931, 42609 Solingen.

Stuttgart - Im Stuttgarter Rathaus läuft bis zum 11. April die Ausstellung „Die >Jeckes< in Israel. Der Beitrag der deutschsprachigen Einwanderer zum Aufbau Israels“. „Jeckes“ nannte man die rund 90.000 Menschen aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei, die während der NS-Diktatur 1933-1945 nach Palästina kamen. Sie unterschieden sich in Herkunft, Beruf, Gewohnheiten und Sprache von den früher eingewanderten Juden aus den osteuropäischen Ländern. Daher war ihre Eingliederung mit mancherlei Schwierigkeiten verbunden. Mit der Zeit gelang es aber vielen, vor allem nach der Staatsgründung (1948), eine bedeutende Rolle in fast allen Bereichen der Gesellschaft einzunehmen. Die Ausstellung bemüht sich, diese Entwicklung darzustellen und die vielfältigen Beispiele menschlicher Begegnungen bis zum heutigen Tag aufzuzeigen. Schirmherren der Ausstellung sind Staatspräsident Ezer Weizmann und Bundespräsident Roman Herzog.

BÜCHERSCHAU

Rechtstrend an Gymnasien

Über den Zusammenhang von Jugend, Gewalt und Rechtsextremismus ist nach der Anfang der neunziger Jahre einsetzenden Eskalation fremdenfeindlicher Gewalt viel diskutiert und geschrieben worden. Ein wichtiger Ort für die Sozialisation Jugendlicher geriet dabei allerdings nicht näher ins Blickfeld der Analyse: die Schule. Der Journalist Michael Preute beschäftigt sich in seinem Reportageband „Rechts um - zum Abitur“ mit dem Phänomen des Rechtsextremismus an Schulen.

Anhand von acht einzelnen Fällen und Vorkommnissen an verschiedenen Orten zeigt der Autor auf, wie mit rechtsextremistischen Äußerungen von Lehrern und Schülern an bestimmten Gymnasien umgegangen wird. Preute macht dabei immer wieder bei den Verantwortlichen das Herunterspielen und Verharmlosen der Vorkommnisse aus. Im Anhang enthalten sind ein Rechtsratgeber, praktische Verhaltenstips und eine Aufstellung von Kontaktadressen.

Als wichtiges Ergebnis seiner Recherchen hält Preute fest, daß das Phänomen von Rechtsextremismus an Schulen keineswegs auf Hauptschulen beschränkt ist, wie allgemein vermutet wird, sondern ein geistiger Wandel in dieser Hinsicht auch an Gymnasien stattfindet. Dieser vollziehe „sich hier weniger über lautstark vorgetragene NS-Propaganda als vielmehr über die Alltagskultur der Jugendlichen, die schon wirkt, ehe der Unterricht in Geschichte und Politik überhaupt wirksam werden kann“ (S. 9).

Die einzelnen vom Autor bei einer Recherche-Reise gesammelten Fallbeispiele vermitteln in der Tat ein bedenkliches Bild von der Entwicklung an den Schulen, zeigen allerdings auch Handlungsmöglichkeiten zur Bekämpfung rechtsextremistischer Tendenzen auf. Inwieweit allerdings die von Preute

dargestellten Fälle verallgemeinerbar sind, bleibt jedoch unklar. Zwar listet er einleitend einige Ergebnisse aus der empirischen Sozialforschung zur Verbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen bei Jugendlichen auf, ob daraus aber allgemein ein Trend zur Wende hin zu rechtsextremistischen Auffassungen an deutschen Oberschulen ableitbar ist, läßt sich daraus aber nicht eindeutig ableiten.

Michael Preute, Rechts um - zum Abitur. Der geistige Wandel an deutschen Oberschulen, Berlin 1995 (Ch. Links Verlag), 180 S. 19,80 DM

Armin Pfahl-Traughber

Chancenlos im Osten

Zuvor Experte für linken Extremismus, widmet sich der Verfasser seit dem Niedergang der DDR 1989 voll dem Rechtsextremismus. In vorliegender Arbeit ist er um eine Widerlegung der „Mär vom Braunen Osten“ und um den Nachweis bemüht, Ostdeutsche seien „weniger anfällig für Nationalismus als die Westdeutschen“. (S. 7)

Madloch analysiert die Resultate von Kommunalwahlen seit 1993, besonders aber die der Europa- und der Bundestagswahl vom 12. 6. bzw. 16. 10. 1994. Verglichen mit der Wahl von 1990 zum Bundestag stieg demnach der Stimmenanteil der Rechtsextremen im Osten zunächst von 1,5 auf 3,2 Prozent an, um dann auf 1,3 Prozent zurückzufallen. Der Verfasser führt des weiteren Ergebnisse Leipziger Jugendforscher ins Feld, wonach sich die in den Wirrnissen nach der „Wende“ einsetzende Rechtsorientierung ostdeutscher Jugendlicher erheblich verringert hat. Bei Schülern ging sie von 22 bis 23 auf 16 Prozent, im Hinblick auf deren negative Einstellung zu Ausländern ab 1992 von 41 auf 27 Prozent zurück.

Gründe für diesen Trend, so die Bürgerproteste gegen Rechtsextremismus einerseits, die fast vollständige Abschaffung des Asylrechts durch die tonangebenden Bundestagsparteien andererseits, erwähnt der Autor nur am Rande. Zutreffend verweist er darauf, daß die Zahl der Wählerstimmen allein wenig über die Stärke des Rechtsextremismus aussagt. Viele seiner Träger bleiben Wahlen fern oder stimmen für staatstreue Parteien. (S. 45) Nur cum grano salis scheint mir Madlochs These zuzutreffen, bei den Wahlkämpfen 1993/94 seien vor allem die „Republikaner“, aber auch andere Rechtsextreme bestrebt gewesen, „reale soziale Pro-

bleme in Ostdeutschland aufzugreifen und das als ihren Sozialpatriotismus darzustellen“. (S. 29) Es gab Ansätze dazu, einige der dem Text beigefügten Flugblätter belegen das. Doch wagten es die Rechtsextremen insgesamt nicht, die soziale Demagogie weit genug zu treiben, um einen Durchbruch zu erzielen.

Norbert Madloch, „Superwahljahr 1994“. Rechtsextremismus in Ostdeutschland zwischen Einfluß und Niederlage, hrsg. vom Berlin-Brandenburger Bildungswerk e. V., Berlin 1995, dip-GmbH, 63 S., DM 12,80

Manfred Behrend

Gericht war nicht überzeugt

In Lübeck wurde jetzt der 68jährige selbständige Kaufmann Günter Ostwald wegen Volksverhetzung zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Im Mai 1994 war bei dem Elektrohändler massenhaft rechtsextremistisches Schriftgut entdeckt worden, darunter hauptsächlich die antisemitische und revisionistische „Remer-Depesche“ (vier Ausgaben). Dazu wurde diverses Werbematerial des 83jährigen Herausgebers der Schriften, Otto Ernst Remer, gefunden. Anlaß zur Hausdurchsuchung hatte ein „Tip“ aus der Szene gegeben. Im Umfeld von „Republikanern“ und rechten Gesinnungsgeossen tummelte sich nämlich ein V-Mann. Dieser war im Prozeß auch Hauptbelastungszeuge gegen Ostwald, den er beschuldigte, die Schriftstücke bei Veranstaltungen der „Republikaner“ - denen Ostwald damals angehörte - und beim rechtsextremen „Arbeitskreis für deutsche Politik“ verteilt zu haben.

Bei der Durchsuchungsaktion in Ostwalds Räumlichkeiten wurde auch eine Hitler-Büste sichergestellt. Damit konnte Ostwald vor dem Amtsgericht den Richter und den Staatsanwalt nicht davon überzeugen, daß er zwar ein „rechter Deutscher“ sei, aber kein Rechtsradikaler. Das Material habe er nach eigenen Angaben unaufgefordert zugeschickt bekommen. Immerhin räumte er ein, bei einer Veranstaltung einmal zufällig Remer ken-

nengelernt zu haben. Verteilt habe er die „Remer-Depesche“ außerdem nicht. Um diese Aussage zu bekräftigen, berief Ostwald mehrere Entlastungszeugen zu seinem Prozeß. Darunter war auch Thomas Schröder, ehemaliger Vorsitzender der „Republikaner“ in Schleswig-Holstein und führende Kraft beim „Arbeitskreis für deutsche Politik“. Schröder ist trotz seiner bekannten politischen Betätigung weiterhin Beamter beim Bundesgrenzschutz. Schröder räumte im Verfahren delikaterweise ein, auch er habe „unaufgefordert“ „Remer-Depeschen“ zugeschickt bekommen.

1989 zeichnete Ostwald in zwei großformatigen Zeitungsanzeigen in Lübeck die Kriegseröffnung Hitlers am 1. September 1939 gegenüber Polen an. In der Annonce kündigte Ostwald großspurig an, weiteres Material zur Thematik Kriegsschuld vorrätig zu halten. Der Staatsanwaltschaft in Lübeck waren entsprechende Aktivitäten Ostwalds bereits seit 1958 bekannt. Damals reihte er sich in die Kritiker der Anne-Frank-Tagebücher ein. Welche Funktion Ostwald in Lübeck tatsächlich inne hatte, läßt sich aus der Äußerung des Amtsrichters schließen, der auf die seinerzeit beschlagnahmten Notizbücher von Ostwald einging: „Ihr Adreßbuch liest sich wie ein Who ist who der rechtsradikalen Szene“. Ostwalds Verteidiger Hans-Günter Eisenecker (Schwerin), der zuletzt bereits in Hamburg ehemaliger FAP- und „Nationale Liste“-Aktivisten vertrat und auch bei den jüngsten Prozessen gegen die Führungsriege der „Nationalistischen Front“ (NF) auftauchte, kündigte Berufung an.

Horst Freires

Tagebuch

Bonn - Der Parlamentarische Staatssekretär Eduard Lintner hat auf eine entsprechende Anfrage der Abgeordneten Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, daß das Bundesarchiv/Abteilung Militärarchiv gegen den Leitenden Archivdirektor Dr. Manfred Kehring Verwaltungsermittlungen eingeleitet hat. Das Ergebnis liege seit dem 31. Januar vor. Kehrig, Abteilungsleiter im Bundesarchiv, war in die Kritik geraten, weil er zu dem Machwerk von Joachim Hoffmann „Stalins Vernichtungskrieg 1941 -1945“ ein Geleitwort verfaßt hatte. In einer Pressemitteilung vom 29.2. wiesen die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen Frau Buntenbach, Volker Beck und Winfried Nachtwei darauf hin, daß Hoffmann - ehemaliger wissenschaftlicher Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamts - in seiner Veröffentlichung die sog. Präventivkriegsthese vertrete. Des weiteren sehe Hoffmann in der Zahl von sechs Millionen ermordeter Juden durch die Nazis „eine Erfindung der Sowjetpropaganda“.

Bonn - Das Bundeskriminalamt hat im vergangenen Jahr insgesamt 957 antisemitisch motivierte Straftaten registriert. Für das letzte Quartal 1995 waren 205 solcher Delikte, darunter drei Körperverletzungen, sechs Fälle von Grabschändungen und 187 „sonstige Straftaten“ erfaßt worden. 1994 lag die Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten bei insgesamt 1359 Vorfällen.

Frankfurt - Die am 6. September 1957 ins Leben gerufene „Deutsch-Russländische Gesellschaft e.V.“ (DRG, Sitz: Frankfurt a.M.), die Landesarbeitsgemeinschaft in Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein unterhält, hat ihre Zeitschrift „Rußland und Wir“ aus Kostengründen eingestellt. Auf der jüngst abgehaltenen XI. Jahreskonferenz wurde Klausgeorg Straube in seinem Amt als 1. Vorsitzender bestätigt. Gegründet wurde die DRG (Tochter ist die „Deutsche Gesellschaft für Rußlandkunde“), die seit Jahrzehnten Mitglied der „Paneuropa-Union Deutschland e.V.“ ist, von Mitgliedern des „Bundes russischer Solidaristen“ (NTS), der bedeutendsten konterrevolutionären russischen Organisation, die mit den Nazis kollaborierte und sich nach 1945 in Frankfurt als Spionagering niederließ.

Lübeck - Der jüdische Friedhof in Lübeck-Moising wurde kürzlich zum wiederholten Mal geschändet. Neben Hakenkreuzschmierereien entdeckte man auch Schriftzüge der inzwischen verbotenen FAP.

Hamburg - Die Prozeßeröffnung gegen den US-Amerikaner Gary Rex Lauck wurde jetzt festgelegt. Der 42jährige muß sich vom 9. Mai an vor der Hamburger Staatsschutzkammer verantworten. Verteidiger Laucks ist der Frankfurter Rechtsanwalt Otto Sieg. Angeklagt ist Lauck wegen Verbreitung neonazistischer Propaganda, Volksverhetzung und Aufforderung zu Gewalttaten. Zur Zeit sitzt er in Hamburg in Haft. Für die ihm zur Last gelegten Delikte kann er mit Haft bis zu fünf Jahren rechnen. Lauck zeichnete verantwortlich für den weltweiten Versand in verschiedenen Sprachen des NS-Kampfruf. Nach Laucks Verhaftung im vergangenen Jahr in Dänemark wurde in Folge Nummern der Neonazipostille aus Lincoln/Nebraska zur Ermordung von Generalbundesanwalt Kay Neph aufgerufen. Diese Drohung wird von den Behörden in Deutschland durchaus ernst genommen. Lauck, der 1972 die NSDAP/AO (AO steht für Auslands- und Aufbauorganisation) ins Leben gerufen hat, ist eine Kristallisations- und heroische Galionsfigur der gesamten Neonaziszene. Aus diesem Grund wird von Hamburger Sicherheitsexperten auch mit Demonstrationen und Aktionen zu Prozeßbeginn gerechnet. In einem Atemzug kündigen die Sicherheitskräfte aber bereits vorgesehene Maßnahmen an: Intensive Personalkontrolle, Absperrungen und Bereitstellung von Wasserwerfern.

Koblenz/Coburg - Der Bezirksverband Koblenz der „Republikaner“ wartet zu den Landtagswahlen am 24. März mit einem Flugblatt unter dem Motto „Ist das die deutsche Zukunft“ auf, das vom „Nation und Europa-Verlag“ in Coburg gesponsert wurde.

Köln/Berlin -.Den rechtsextremen „Republikanern“ steht der Pleitegeier ins Haus. Laut einer Entscheidung des Kölner Verwaltungsgerichts haben die REP für 1994 keinen Anspruch auf staatliche Mittel zur Parteienfinanzierung (Az.: 23 K 22/95). Das Gericht hat einen Bescheid von Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth für rechtmäßig erklärt und die entsprechende Klage der REP dagegen abgewiesen. Dies bedeutet für die Partei auf Bundesebene einen Verlust von 2,3 Millionen und auf Länderebene von rund einer Million DM. Schuld an dem Schlamassel

trägt der frühere REP-Bundesschatzmeister Klaus-Dieter Pahl, der nicht in der Lage war, für 1994 rechtzeitig den entsprechenden Antrag zur Auszahlung der Gelder zu stellen. Pahl kostete dieses Mißgeschick zwar sein Amt als Schatzmeister, auf dem Parteitag im Dezember 1994 in Sindelfingen erntete er dafür böse Worte, aber den REP steht jetzt - nicht nur - finanziell das Wasser bis zum Halse. Eine bereits kassierte Abschlagszahlung in Höhe von DM 1,9 Millionen hat die Bundestagsverwaltung bereits vom Zuschuß an die Ultrarechtspartei für 1995, der insgesamt rund vier Millionen Mark betragen soll, abgezogen.

Kopenhagen (Schweden) - Die schwedische Regierung will künftig Hakenkreuze, andere NS-Symbole und rassistische Embleme per Gesetz verbieten lassen. Dazu soll im Frühjahr ein Gesetz eingebracht werden, mit dem das Eingreifen gegen die Aktivitäten von Neonazis erleichtert werden soll. In zwei Fällen waren in jüngster Zeit Neonazis vom Gericht freigesprochen worden, die wegen Tragens eines Hakenkreuzes in der Öffentlichkeit angeklagt waren und wofür bislang die gesetzliche Grundlage fehlte.

Mannheim - Das Mannheimer Landgericht hat am 4. März die Berufung von Ernst Tag (49) verworfen. Die 15. Kleine Strafkammer unter Richter Jochen Plass sah es als erwiesen an, daß Tag sich der Mitteilung eines amtlichen Schriftstücks schuldig gemacht habe. Das Amtsgericht Mannheim hatte Tag erstinstanzlich im November 1995 zu 100 Tagessätzen à 20 Mark verurteilt. Verteidigt wurde Tag vom Mannheimer Rechtsanwalt Ludwig Bock (53).

Der in Frankentahl bei Ludwigshafen wohnhafte arbeitslose Tag hatte 1994 Anzeige gegen die Initiatoren des Antifaschistischen Infotelefon (AIT) Mannheim erstattet, da er sich verunglimpft fühlte. Die Ermittlungsakte gelangte in die Hände von Tag. Ein Schriftstück aus der Akte wurde dann in der Publikation des „Internationalen Hilfskomitees für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (IHV), deren Vorsitzender Tag bis zum vergangenen Jahr war, veröffentlicht. Presserechtlich Verantwortlicher der inkriminierten Ausgabe war nicht Tag selbst, sondern Markus Walter (21) aus Pirmasens. Dies wurde durch die Zeugenaussagen von Walter und Wolfgang Lutz (18) bestätigt. Allerdings sah das Mannheimer Gericht in Ernst Tag den „führenden Kopf“ der Aktion und verurteilte ihn erneut. Tag kündigte an, in Revision zu gehen.

Mannheim -Der vorbestrafte Neonazi Manfred Huck (32) wurde vom Mannheimer Landgericht in einem Berufungsverfahren am 12. März freigesprochen. Gegenstand des Verfahrens war das mehrfache Tragen eines Keltenkreuzrings durch Huck. Gegen das erstinstanzliche Verfahren, in dem Huck zu einer Geldstrafe und sechsmonatigen Haftstrafe verurteilt worden war, hatten Huck wie auch die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Das Mannheimer Landgericht schloß sich in seinem Urteil der Rechtsprechung des LG Heidelberg an. Dieses hatte festgestellt, daß es nicht genüge, ein Symbol einer verfassungswidrigen Organisation zu verwenden. Daneben gelte es, die subjektive Seite stärker zu beachten. Da Huck keinen Bezug zur 1982 verbotenen „Volkssozialistischen Bewegung/Partei der Arbeit“ (VSBD/PdA) aufwies und er wiederholt versicherte, aus Gründen des „keltisch-germanischen Erbes in Verbindung mit der abendländischen Kultur“ das Keltenkreuz zu tragen, sprach ihn das Mannheimer Landgericht jetzt frei. Die Mannheimer Staatsanwaltschaft kündigte unmittelbar nach dem Urteilspruch an, Rechtsmittel einlegen zu wollen.

Mittelburg/Niederlande - Ein „Anti-Kapitalistisches Komitee“ (AKK) lädt für Samstag, den 30. März, zu einer Demonstration im niederländischen Middelburg auf. Die Veranstaltung steht unter dem Motto: „Gegen Arbeitslosigkeit!/ Gegen die Ausbeutung der Arbeiterklasse!/ Gegen das kapitalistische System!“. Nach Eigenangaben ist das AKK nicht parteigebunden und hat sich zur Aufgabe gemacht, die „Mißstände des kapitalistischen Systems anzuprangern“. Die Initiatoren des Komitees sind: John Janszen aus Nuth (Niederlande), Constant Kusters aus Arnhem (Niederlande), Michael Prümmer aus Stolberg (Deutschland) und Sascha Wagner aus Herzogenrath (Deutschland). Das AKK ist unter folgenden Kontaktanschriften erreichbar: AKK-Deutschland, Brockenberg 5a, D-52223 Stolberg und AKK-Nederland, Postbus 87, NL-6430 AB in Hoensbroek. Die Einladung erging an folgende Organisationen, Parteien usw.: NVP/CP'86, FAP-Arbeiterpatij, NVU, CD, Voorpost-Nederland (Niederlande) Vlaams Blok, Voorpost-Vlaanderen (Belgien) NPD, JN, Republikaner und DVU (Deutschland). Geworben wird für die Veranstaltung auch im Mailbox-Netz „Thule“.

München/Kiel - Der FZ-Verlag des Münchner Verlegers Dr. Gerhard Frey nutzt den jüngst aufgedeckten Skandal wegen gefälschter TV-Beiträge



eines Journalisten werbewirksam. Im Sommer soll das Buch „So lügt das Fernsehen“ - Untertitel „Die 100 größten Betrugsfälle auf dem deutschen TV-Bildschirm“ auf den Markt kommen.

Für den Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein soll Dr. Frey eine Summe von „zwei bis drei Millionen Mark“ investiert haben. Der genannte Betrag wird in der Frey-Gazette „Deutsche National-Zeitung“ (Ausgabe vom 8.März 1996) indirekt bestätigt.

Oslo (Norwegen) - Gegen den Chef der rechtsextremistischen Partei „Weiße Wahlallianz“, Jack Erik Kjuss wurde wegen rassistischer Aussagen Anklage erhoben. Dies gab die Generalstaatsanwaltschaft in Oslo bekannt. Zur Begründung verwies die Anklagebehörde auf mehrere Passagen im Parteiprogramm der „Weißen Allianz“, beispielsweise die Aussage, daß adoptierte Kinder aus der dritten Welt nur dann in Norwegen bleiben könnten, wenn sie sich sterilisieren ließen. Der Prozeß wird möglicherweise vor dem Obersten Gerichtshof stattfinden, ein Termin für das Verfahren wurde noch nicht angesetzt.

Sibesse (Niedersachsen) -Der 1991 gegründete und auf nationalsozialistische Esoterik spezialisierte MDV-Verlag (Hauptsitz: Sibesse) des Neonazis Oliver Bode (1966 in Hildesheim geboren) hat nun auch im litauischen Keaipeda eine Postanschrift. Postsendungen verschickt Bode schon seit geraumer Zeit von Litauen aus. Das „Nationale Infotelefon Schleswig-Holstein“ (NIT) meldete jüngst, daß Bode bei der Einreise nach Kanada verhaftet wurde. Bode unterhält enge Kontakte zu dem im kanadischen Toronto lebenden Holocaust-Leugner Ernst Zündel.

Toronto/Kanada - Ernst Zündel hat die Herausgabe der antisemitischen Postille „Die Bauernschaft“ eingestellt. Nach Angaben von Zündel ist die Zahl der zahlenden Abonnenten „einfach viel zu gering“; jede Ausgabe schlage mit 15.000 Dollar (Porto, Satz, Druck, Versand- u. Her-

Adresse:

stellungskosten) zu Buche. Zündel rät den Abonnenten, anstatt der „Bauernschaft“ seine „Germania-Rundbriefe“ zu beziehen.

Velbert/Nordrhein-Westfalen - Der Unternehmer Ulrich Erle (66), Inhaber von Mechano-Schliff, einem Spezialbetrieb für die Bearbeitung von Messing-Armaturen, im nordrhein-westfälischen Velbert, bietet in der Neonazi-Postille „Einheit und Kampf“ „Ausbildungs-Plätze zum Metallschleifer“ an. Besonders willkommen sind ihm „Vorbestrafte durch das System“.

Würzburg/Köln/Stuttgart - Die sogenannten „Runden Tische“, der Neuversuch einer Einigung der extremen Rechten, haben sich um ein „Bayerisches Wählerforum '98“ erweitert. Daneben existieren noch das „Eisenacher Signal“, der „Rheinische Appell“, der „Berliner Ratschlag“, die „Ingolstädter Erklärung“, die „Münchner Mahnung“ und die „Pulheimer Erklärung“. Im Rahmen eines „Runden Tisches Nordrhein-Westfalen - Bündnis Deutschland“ ist nach Informationen der „Frankfurter Rundschau“ eine neue Organisation „Vereinigte Rechte“ geplant, die an den nächsten Bundestags- und Europawahlen teilnehmen soll. Mit von der Partie ist der abtrünnige frühere „Republikaner“-Chef Franz Schönhuber. Der REP-Bundesvorsitzende Rolf Schlierer hat dementiert, daß sich die „Republikaner“ an der Neugründung beteiligen wollten. Nach einem Vorstandsbeschluß lehnten die REP Kooperationen mit den sogenannten alten Rechtsparteien ab. Parteimitglieder, die sich daran nicht hielten, mußten ihren Weg außerhalb der Partei fortsetzen, betonte Schlierer.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten